

wird in Sachen

wegen

Az.

Prozessvollmacht gem. §§ 81 ff. ZPO, §§ 302, 374 StPO, § 67 VwGO, § 73 SGG & Vollmacht zur außergerichtlichen Vertretung erteilt.

Diese Vollmacht erstreckt sich insbesondere auf folgende Befugnisse:

1. die Verteidigung & Vertretung in Bußgeld- & Strafsachen in allen Instanzen samt Vor- & Nebenverfahren – auch für den Fall eigener Abwesenheit; die Vertretung gem. § 411 II StPO mit ausdrücklicher Ermächtigung gem. § 233 I StPO; Vertretung in Strafvollzugsangelegenheiten. Der Verteidiger ist gem. § 350 Abs. 1 StPO vom Hauptverhandlungstermin zu benachrichtigen,
2. Strafanträge stellen & zurückzunehmen sowie die Zustimmung gem. §§ 153 ff. StPO zu erteilen,
3. Entschädigungsanträge nach dem StrEG zu stellen. Diese Vollmacht erstreckt sich sowohl auf die Befugnis, für mich Entschädigungsanträge jeglicher Art zu stellen, als auch auf meine Vertretung im sogenannten gesonderten Betragsverfahren,
4. Nebenklage zu erheben & als Nebenkläger aufzutreten,
5. Empfangnahme des Streitgegenstandes, von Geld, Wertpapieren u. ä., Urkten etc. sowie der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten & Auslagen,
6. Entgegennahme von Zustellungen, Einlegung & Rücknahme von Rechtsmitteln sowie Verzicht auf solche; Erhebung & Rücknahme von Widerklagen - auch in Ehesachen,
7. Abgabe & Empfang von einseitigen Willenserklärungen (z.B. Kündigungen) & Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte, insbesondere Begründung & Aufhebung von Vertragsverhältnissen,
8. Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter & deren Versicherung sowie Akteneinsicht,
9. Vertretung vor Arbeits-, Sozial- & Verwaltungsgerichten sowie in den entsprechenden Vorverfahren,
10. Vertretung vor Familiengerichten gem. § 78 Abs. 1 Satz 2 ZPO, Anträge auf Scheidung der Ehe & Anträge in Folgesachen zu stellen sowie Vereinbarungen über Scheidungsfolgen zu treffen & Stellung von Anträgen auf Erteilung von Renten- & Versorgungsauskünften,
11. Abschluss außergerichtlicher Vergleiche,
12. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf Dritte,
13. Vertretung in allen Nebenverfahren, z. B. einstweilige Verfügung, Arrest, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung samt der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung & Hinterlegungsverfahren,
14. Vertretung in Insolvenz- oder Vergleichsverfahren über das Vermögen des Gegners, in Freigabeprozessen & als Nebenintervenient,
15. Beseitigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis,
16. Fotokopien nach eigenem Ermessen anzufertigen.
17. Im Falle des Freispruchs trete ich die durch die Staatskasse zu erstattenden Rechtsanwaltsgebühren an den bevollmächtigten Rechtsanwalt ab.
18. _____

Gerichtsstand & Erfüllungsort ist gemäß § 29 ZPO der Kanzleiort der Bevollmächtigten.

Den Bevollmächtigten wird die Ermächtigung erteilt, meine sämtlichen Ansprüche selbst einzuziehen & die anfallenden Honore aus der eingezogenen Summe zu verrechnen. Dabei trete ich insbesondere bereits jetzt mögliche Kostenerstattungsansprüche gem. § 467 ff StPO, Kautionsrückzahlungsansprüche oder Auszahlungsansprüche an beschlagnahmten oder sichergestellten Geldern, zur Deckung des Honoraranspruchs, bis zur Höhe des Honorars, an die die Bevollmächtigten ab. Die Bevollmächtigten nehmen die Abtretung an.

Ich bin gem. § 49b V BRAO hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass, sofern keine anderweitige Honorarvereinbarung erfolgt ist, sich alle Gebühren nach dem Gegenstandswert berechnen. Mir ist bewusst, dass diese ggf. nicht von meiner Rechtsschutzversicherung getragen werden & von mir selbst zu leisten sind & auch durch das Einholen einer Deckungszulage ggf. Kosten entstehen können.

Zudem bin ich hiermit darauf hingewiesen worden, dass im Arbeitsrechtsprozess auch für die obsiegende Partei kein Anspruch auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis & auf Erstattung der Kosten für die Zuziehung eines Prozessbevollmächtigten oder Beistands besteht. Mir ist zudem bekannt, dass ich auch selbst auftreten oder mich durch einen Verbandsvertreter vertreten lassen kann.

Die Datenschutzerklärung, Widerrufsbelehrung & Allgemeine Mandatsbedingungen habe ich erhalten & zur Kenntnis genommen. Sofern diese Vollmacht außerhalb unserer Geschäftsräume unterzeichnet wird, sind auch die Datenschutzerklärung & Widerrufsbelehrung unterschrieben zurück zu händigen.

, den

Unterschrift

Widerrufsbelehrung

für außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (AGV) & Fernabsatzverträge

Wenn Sie als Verbraucher handeln, gilt für Sie Folgendes:

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angaben von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns:



Kanzlei Manusch | Heinsch, Inhaber: Rechtsanwalt Philipp J. Manusch
Berliner Straße 23
36119 Neuhof
Tel. +49 6655 5040, Fax +49 6655 5049 Email: kanzlei@kanzlei-manusch.de

mittels einer eindeutigen Erklärung (zum Beispiel einem mit der Post versandten Brief, Telefax, E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung Ihres Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich & spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrages unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Belehrung erhalten:

Ort, Datum

Unterschrift

Ich stimme ausdrücklich zu bzw. verlange, dass vorbezeichnete Rechtsanwälte mit der Dienstleistung sofort beginnen, obwohl die Widerrufsfrist noch nicht abgelaufen ist & bin in Kenntnis, dass mein Widerrufsrecht erlischt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht ist (§ 356 Abs. 4 BGB).

Ort, Datum

Unterschrift

Muster - Widerrufsformular

Kanzlei Manusch | Heinsch, Berliner Straße 23, 36119 Neuhof
Tel. +49 6655 5040, Fax +49 6655 5049 Email: kanzlei@kanzlei-manusch.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über den die

folgende Dienstleistung (*) _____

- Bestellt am (*)/erhalten am (*): _____

- Name des/der Verbraucher(s): _____

- Anschrift des/der Verbraucher(s): _____

*Unzutreffendes Streichen

Ort, Datum

Unterschrift des Verbrauchers

Kanzlei Manusch | Heinsch
Berliner Straße 23
36119 Neuhof
Tel. 06655 - 5040 Fax 06655 - 5049
www.kanzlei-manusch.de



bitte **vorab** per
Kontaktformular
oder Mail an
[kanzlei@kanzlei-](mailto:kanzlei@kanzlei-manusch.de)
[manusch.de](mailto:kanzlei@kanzlei-manusch.de)

Personalbogen Mandant/Unternehmen

Firmenname: _____

Name: _____ Vorname: _____

Geburtsname: _____ Geburtsdatum: _____

Geburtsort: _____ Staatsangehörigkeit: _____

Familienstand: _____ Beruf: _____

Arbeitgeber: _____ Nettogehalt p.m. (in Strafsachen): _____

Straße, Hausnummer (kein Postfach): _____

PLZ, Ort: _____

Tel. Privat: _____ Tel. dienstlich: _____

Tel. Mobil: _____ Fax: _____

E-Mail: _____

Eintragung im Handelsregister? Falls ja, Nr: _____

Vorsteuerabzugsberechtigung: JA ☐ NEIN ☐

Rechtsschutzversicherung: _____

VersicherungsscheinNr.: _____ Schadennummer: _____

Bankinstitut: _____

IBAN: _____ BIC: _____

Die Datenschutzbedingungen habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift

Kanzlei Manusch | Heinsch
Berliner Straße 23
36119 Neuhof
Tel. 06655 - 5040 Fax 06655 - 5049
www.kanzlei-manusch.de



bitte Dokumente **vorab**
per Kontaktformular
oder Mail an
[kanzlei@kanzlei-](mailto:kanzlei@kanzlei-manusch.de)
[manusch.de](mailto:kanzlei@kanzlei-manusch.de)

Checkliste Beratungstermin am _ _ . _ _ . 20 _ _ _ _ _ Uhr

Bitte bringen Sie Folgendes zu einem Termin in unserer Kanzlei mit:

- ausgefüllter Personalbogen
- ggf. ausgefüllte Vollmacht
- amtliches Ausweisdokument
- Vorkasse (Bargeld oder Paypal-Account) - bitte beachten Sie hierzu auch unsere Ausführungen unter "Häufig gestellte Fragen"
- Versicherungsschein Rechtsschutz mit ggf. bereits durchgeführter Regulierungsanfrage
- Sämtliche Dokumente zu der Rechtsstreitssache wie Verträge, Bescheide, Bilder, Korrespondenzen, etc. (am besten Digital)
- Kontaktdaten von etwaigen Zeugen
- ggf. Schadensgutachten oder Kostenvoranschlag
- ggf. Arztbericht (Bsp. siehe Downloads) sowie weitere Feststellungen von Krankenkassen
- ggf. ausgefüllter Fragebogen Migration
- ggf. erhaltener Bescheid zur Prozesskosten- & Beratungshilfe

Fall sich Ihnen vorab Fragen stellen, notieren Sie sich diese bitte vorab und bringen Sie diese zum Termin mit.



Datenschutzerklärung

1. Begriffsbestimmungen

Die Datenschutzerklärung beruht auf den Bestimmungen, die durch den Europäischen Richtlinien- und Verordnungsgeber beim Erlass der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) verwendet wurden. Es werden in dieser Datenschutzerklärung unter anderem die folgenden Begriffe verwandt:

- a) personenbezogene Daten: Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.
- b) betroffene Person: Betroffene Person ist jede identifizierte oder identifizierbare natürliche Person, deren personenbezogene Daten von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen verarbeitet werden.
- c) Verarbeitung: Verarbeitung ist jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführte Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.
- d) Einschränkung der Verarbeitung: Einschränkung der Verarbeitung ist die Markierung gespeicherter personenbezogener Daten mit dem Ziel, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken.
- e) Profiling: Profiling ist jede Art der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten, die darin besteht, dass diese personenbezogenen Daten verwendet werden, um bestimmte persönliche Aspekte, die sich auf eine natürliche Person beziehen, zu bewerten, insbesondere, um Aspekte bezüglich Arbeitsleistung, wirtschaftlicher Lage, Gesundheit, persönlicher Vorlieben, Interessen, Zuverlässigkeit, Verhalten, Aufenthaltsort oder Ortswechsel dieser natürlichen Person zu analysieren oder vorherzusagen.
- f) Pseudonymisierung: Pseudonymisierung ist die Verarbeitung personenbezogener Daten in einer Weise, auf welche die personenbezogenen Daten ohne Hinzuziehung zusätzlicher Informationen nicht mehr einer spezifischen betroffenen Person zugeordnet werden können, sofern diese zusätzlichen Informationen gesondert aufbewahrt werden und technischen und organisatorischen Maßnahmen unterliegen, die gewährleisten, dass die personenbezogenen Daten nicht einer identifizierten oder identifizierbaren natürlichen Person zugewiesen werden.
- g) oder identifizierbaren natürlichen Person zugewiesen werden.
- h) Verantwortlicher oder für die Verarbeitung Verantwortlicher: Verantwortlicher oder für die Verarbeitung Verantwortlicher ist die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet. Sind die Zwecke und Mittel dieser Verarbeitung durch das Unionsrecht oder das Recht der Mitgliedstaaten vorgegeben, so kann der Verantwortliche beziehungsweise können die bestimmten Kriterien seiner Benennung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten vorgesehen werden.
- i) Auftragsverarbeiter: Auftragsverarbeiter ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet.
- j) Empfänger: Empfänger ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogene Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht. Behörden, die im Rahmen eines bestimmten Untersuchungsauftrags nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten möglicherweise personenbezogene Daten erhalten, gelten jedoch nicht als Empfänger.
- k) Dritter: Dritter ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle außer der betroffenen Person, dem Verantwortlichen, dem Auftragsverarbeiter und den Personen, die unter der unmittelbaren Verantwortung des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters befugt sind, die personenbezogenen Daten zu verarbeiten.
- l) Einwilligung: Einwilligung ist jede von der betroffenen Person freiwillig für den bestimmten Fall in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist.

Beim Aufrufen unserer Websites www.kanzlei-manusch.de werden durch den auf Ihrem Endgerät zum Einsatz kommenden Browser automatisch Informationen an den Server unserer Website gesendet. Diese Informationen werden temporär in einem sog. Logfile gespeichert. Dabei wird automatisch die IP-Adresse des anfragenden Rechners, Datum und Uhrzeit des Zugriffs, Name und URL der abgerufenen Datei, Website, von der aus der Zugriff erfolgt (Referrer-URL), verwendeter Browser und ggf. das Betriebssystem Ihres Rechners sowie der Name Ihres Access-Providers/Website, von der aus der Zugriff erfolgt (Referrer-URL), erfasst und bis zur automatisierten Löschung gespeichert.

Die genannten Daten werden durch uns zur Gewährleistung eines reibungslosen Verbindungsaufbaus der Website, zur Gewährleistung einer komfortablen Nutzung unserer Website, zur Auswertung der Systemsicherheit und -stabilität und zu weiteren administrativen Zwecken verarbeitet.

Darüber hinaus setzen wir beim Besuch unserer Website Cookies sowie Analysedienste ein. Ergänzende Erklärungen zum Datenschutz auf unserer Webseite finden Sie unter : <https://kanzlei-manusch.de/datenschutz/>

Bei Fragen jeglicher Art bieten wir Ihnen die Möglichkeit, mit uns über ein auf der Website bereitgestelltes Formular Kontakt aufzunehmen. Dabei ist die Angabe einer gültigen Email-Adresse erforderlich, damit wir wissen, von wem die Anfrage stammt und um diese beantworten zu können. Weitere Angaben können freiwillig getätigt werden.

Die Datenverarbeitung zum Zwecke der Kontaktaufnahme mit uns erfolgt nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO auf Grundlage Ihrer freiwillig im Rahmen des Absendevorgangs erteilten Einwilligung. Die für die Benutzung des Kontaktformulars von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden nach Erledigung der von Ihnen gestellten Anfrage automatisch gelöscht.

2. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO. Unser berechtigtes Interesse folgt aus oben aufgelisteten Zwecken zur Datenerhebung. In keinem Fall verwenden wir die erhobenen Daten zu dem Zweck, Rückschlüsse auf Ihre Person zu ziehen, verwenden.

Die Datenverarbeitung zum Zwecke der Kontaktaufnahme mit uns erfolgt nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO auf Grundlage Ihrer freiwillig erteilten Einwilligung.

3. Verantwortlicher

Kanzlei Manusch | Heinsch
Rechtsanwalt Philipp J. Manusch

Berliner Straße 23
36119 Neuhof
Tel. 06655 - 5040
Fax 06655 - 5049
kanzlei@kanzlei-manusch.de

4. Weitergabe von Daten

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Wir geben Ihre persönlichen Daten nur an Dritte weiter, wenn:

- Sie Ihre nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO ausdrückliche Einwilligung dazu erteilt haben,
- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass Sie ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse an der Nichtweitergabe Ihrer Daten haben,
- für den Fall, dass für die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht, sowie
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen mit Ihnen erforderlich

5 Betroffenenrechte

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht in dem dort bezeichneten Umfang Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Gemäß Art. 16 DSGVO haben Sie das Recht unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen.

Gemäß Art. 17 DSGVO haben Sie das Recht die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Gemäß Art. 18 DSGVO haben Sie das Recht die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;

Gemäß Art. 20 DSGVO haben Sie das Recht Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen.

Gemäß Art. 21 DSGVO haben Sie das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet. Im letzteren Fall haben Sie ein generelles Widerspruchsrecht, das ohne Angabe einer besonderen Situation von mir umgesetzt wird.

Gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO haben Sie das Recht Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen. Möchten Sie von Ihrem Widerrufsrecht Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte direkt an uns über unsere Daten im Impressum:

Kanzlei Manusch | Heinsch
Berliner Straße 23
36119 Neuhof
Tel. 06655 - 5040
Fax 06655 - 5049
kanzlei@kanzlei-manusch.de
www.kanzlei-manusch.de

Gemäß Art. 77 DSGVO haben Sie das Recht sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

6. Widerspruchsrecht

Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat das vom Europäischen Richtlinien- und

Verordnungsgeber gewährte Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Buchstaben e oder f DS-GVO erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte direkt an uns über unsere Daten im Impressum. Nutzen Sie hierzu unser

Muster - Widerrufsformular

An

Kanzlei Manusch | Heinsch, Berliner Straße 23, 36119 Neuhof
Tel. +49 6655 5040, Fax +49 6655 5049 Email: kanzlei@kanzlei-manusch.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) die von mir/uns (*) erklärte Zustimmung zur Datenverarbeitung

Ort, Datum

Unterschrift

7. Aktualität und Änderung dieser Datenschutzerklärung

Diese Datenschutzerklärung ist aktuell gültig und hat den Stand 01.05.2023. Durch die Weiterentwicklung unserer Website und Angebote, darüber oder aufgrund geänderter gesetzlicher beziehungsweise behördlicher Vorgaben kann es notwendig werden, diese Datenschutzerklärung zu ändern. Die jeweils aktuelle Datenschutzerklärung kann jederzeit auf unserer Website von Ihnen abgerufen und ausgedruckt werden.

8. Einwilligungen

Im Rahmen der Verschwiegenheitspflicht des Rechtsanwaltes muss grundsätzlich die Übermittlung von Daten durch eine geeignete Verschlüsselung geschützt sein, da andernfalls die Gefahr besteht, dass Geschäftsgeheimnisse und persönliche Daten in Hände Unbefugter gelangen können. Mit der Unterzeichnung dieser Datenschutzerklärung wünscht der/die Auftraggeber/in in Kenntnis der vorstehenden Gefahren ausdrücklich die Übermittlung von Daten an die angegebene E-Mailadresse.

Die Kanzlei ist ferner berechtigt, Daten im Rahmen der Leistungserbringung an Dritte (Dienstleister) weiterzugeben, die unmittelbar an der Abwicklung eines Unfallschadens beteiligt sind (z.B. Gutachter, Werkstatt).

Der/die Auftraggeber/in kann das Einverständnis zur unverschlüsselten Übersendung von Daten per E-Mail und zur Weitergabe von Daten an Dienstleister jederzeit schriftlich oder per E-Mail (Kontaktdaten s.o.) widerrufen.

Ort, Datum

Unterschrift

Allgemeine Mandatsbedingungen



Präambel

Die vorliegenden Mandatsbedingungen dienen dem Zweck, ein vertrauensvolles Verhältnis zu fördern, indem sie Fragen der Mandatsbeziehung im Vorfeld regeln und klarstellen. Sie bilden die Grundlage für das Mandatsverhältnis zwischen den Bevollmächtigten der Rechtsanwaltskanzlei (kurz: Rechtsanwaltskanzlei) und dem Mandanten.

§ 1 Anwendungsbereich/Definitionen

Die allgemeinen Mandatsbedingungen erstrecken sich bei Unternehmern auch auf alle künftigen Mandatsverhältnisse zwischen der Rechtsanwaltskanzlei und dem Mandanten.

Mandant ist, wer der Rechtsanwaltskanzlei einen Auftrag zur rechtlichen Beratung und/oder Vertretung einschließlich der Geschäftsbesorgung und Prozessführung erteilt, der von der Rechtsanwaltskanzlei angenommen wird (Mandatsverhältnis). Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können.

Unternehmer ist eine natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt.

§ 2 Mandatsbegründung & -umfang

Ein Mandatsverhältnis entsteht nicht durch Anfragen oder eine Auftragserteilung durch den Mandanten, sondern erst durch die Annahme durch die Rechtsanwaltskanzlei. Weder das unaufgeforderte Zusenden von Unterlagen, bzw. E-Mails noch das Aufsprechen einer Nachricht auf die Mailbox begründen ein Mandatsverhältnis ohne ausdrückliche Bestätigung durch die Rechtsanwaltskanzlei. Die Rechtsanwaltskanzlei behält sich das Recht vor, Anfragen oder Aufträge abzulehnen -insbesondere in Fällen einer Interessenkollision. Die Rechtsanwaltskanzlei behält sich vor, Ersuchen um die Besorgung von Rechtsangelegenheiten ohne Angabe von Gründen abzulehnen oder Anfragen nicht zu beantworten, bei denen der Anfragende unzureichende Angaben über seine Identität macht. Erforderlich sind mindestens die Angabe des eigenen vollen Namens und der Anschrift, sowie entsprechende Angaben zum Gegner.

Gegenstand des Mandatsverhältnisses ist die vereinbarte Tätigkeit, nicht die Erzielung eines bestimmten rechtlichen und/oder wirtschaftlichen Erfolgs. Vertragsgegenstand ist ausschließlich die Beratung aufgrund des Rechts der Bundesrepublik Deutschland, wenn nicht ausdrücklich in Textform etwas anderes vereinbart wird. Die Auftragsausführung und die daraus resultierende Korrespondenz mit der Gegenseite erfolgt in deutscher Sprache.

Bei einem Auftrag zur Erstellung von Verträgen, Allgemeinen Geschäftsbedingungen und sonstigen juristischen Regelwerken und Erklärungen ist Gegenstand des Auftrags nur die Erstellung im jeweiligen Einzelfall. Die Rechtsanwaltskanzlei ist zu einer laufenden Pflege, Beobachtung oder Anpassung an neue oder geänderte rechtliche oder tatsächliche Bedingungen nur verpflichtet, soweit dies ausdrücklich in Textform als Gegenstand des Mandatsverhältnisses vereinbart wurde. Steuerrechtliche Aspekte und ausländisches Recht sind nicht Gegenstand des Mandatsvertrages, es sei denn dies wird ausdrücklich in Textform vereinbart.

Die Rechtsanwaltskanzlei ist zur Einlegung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen nur dann verpflichtet, wenn diese einen entsprechenden Auftrag erhalten und diesen angenommen hat.

§ 3 Verschwiegenheit & Datenschutz

Die Rechtsanwaltskanzlei ist zeitlich unbegrenzt verpflichtet, über sämtliche das Mandatsverhältnis betreffenden oder aus diesem erlangte Informationen, sowie über Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse des Mandanten Stillschweigen zu wahren. Sofern Dritte von personenbezogenen Daten des Mandanten in Erfüllung ihrer Aufgabe für die Rechtsanwaltskanzlei Kenntnis erlangen, werden diese durch die Rechtsanwaltskanzlei gesondert zur Verschwiegenheit verpflichtet. Der Mandant erklärt hierzu sein Einverständnis.

Übermittelt der Mandant die Daten seiner Rechtsschutzversicherung, erklärt er sich damit einverstanden, dass die Rechtsanwaltskanzlei die Mandatsinformationen an diese weitergibt. Generell gilt, dass jedoch die Korrespondenz mit einer Rechtsschutzversicherung von der Rechtsanwaltskanzlei im Rahmen des Mandatsverhältnisses nicht geschuldet ist. Die Rechtsanwaltskanzlei unterrichtet den Mandanten über den wesentlichen Fortgang des Mandats. Soweit nichts anderes vereinbart ist, kann die Unterrichtung durch Post, Fax, Telefon, Messenger oder e-Mail erfolgen. Korrespondenzsprache ist deutsch.

Der Mandant willigt freiwillig ein, dass die Rechtsanwaltskanzlei sich zum Zwecke der zeitgemäßen und effektiven Mandatsbearbeitung elektronischer Kommunikationsmittel, insbesondere (unverschlüsselter) E-Mails, Instant-Messengern sowie Videokonferenzanbieter (wie Skype, Zoom, u.a.) bedient; dies betrifft sowohl die Kommunikation zwischen Rechtsanwaltskanzlei und Mandant als auch zwischen Rechtsanwaltskanzlei und Dritten, wie Behörden, Versicherungen, Gerichten usw. Gegenstand dieser Kommunikation können Daten, die dem Mandatsgeheimnis unterliegen, oder besondere Arten von personenbezogenen Daten sein. Diese Erklärung kann ohne Nachteile widerrufen werden.

Die Rechtsanwaltskanzlei darf bei der gesamten Korrespondenz davon ausgehen, dass die vom Mandanten mitgeteilten Kommunikationsdaten richtig sind. Teilt der Mandant eine E-Mail- oder Messenger-Adresse mit, gilt folgendes:

Sollte das elektronische Postfach des Mandanten nicht hinreichend gesichert sein oder sollten Dritte ein Passwort zum Zugriff auf das E-Mail-Konto sowie sonstiger Anwendungen haben, können diese sich Kenntnis verschaffen.

Der Mandant ist damit einverstanden, auch auf diesem Weg Informationen zum Mandatsverhältnis zu erhalten. Dies gilt auch dann, wenn die Nachrichten unverschlüsselt übersandt werden, wobei dem Mandanten bewusst ist, dass in diesem Fall das Risiko besteht, dass Dritte evtl. von den übermittelten Daten Kenntnis nehmen können. Es bestehen insbesondere die Gefahren der unerlaubten Einsichtnahme, Vervielfältigung und Manipulation durch Dritte, so dass die gesetzlichen Anforderungen an IT-Sicherheit und Datenschutz durch die Rechtsanwaltskanzlei ggf. nicht gewährleistet werden können. Der Mandant erklärt sich hiermit ausdrücklich einverstanden und stellt insoweit die Rechtsanwaltskanzlei von jeglicher Haftung frei. Dies gilt nicht, wenn der Mandant dem

ausdrücklich in Textform widerspricht. Der Mandant verpflichtet sich, regelmäßig, zumindest mehrmals wöchentlich eingehende e-Mails und Nachrichten zu prüfen, sofern er auf Gegenteiliges nicht allgemein wahrnehmbar hinweist.

§ 4 Mitwirkungspflichten des Mandanten

Der Mandant ist verpflichtet, die Rechtsanwaltskanzlei über alle mit dem Auftrag zusammenhängenden Tatsachen umfassend und wahrheitsgemäß zu informieren und ihnen sämtliche mit dem Auftrag zusammenhängende Schriftstücke vorzulegen. Die Rechtsanwaltskanzlei darf den Angaben des Mandanten stets Glauben schenken und müssen keine eigenen Nachforschungen anstellen. Der Mandant verpflichtet sich, die ihm überlassenen Briefe und Schriftsätze der Anwälte stets sorgfältig zu lesen und insbesondere daraufhin zu überprüfen, ob die darin enthaltenen tatsächlichen Angaben der Wahrheit entsprechen und vollständig sind.

Der Mandant verpflichtet sich, während der Dauer des Mandats nur in Abstimmung mit der Rechtsanwaltskanzlei mit Gerichten, Behörden, der Gegenseite oder sonstigen Beteiligten Kontakt aufzunehmen. Der Mandant ist außerdem verpflichtet, die Rechtsanwaltskanzlei während der Dauer des Mandats stets zu unterrichten und ihnen neu eingehende, wieder gefundene und alle sonstigen mit dem Mandat in Zusammenhang stehenden Schriftstücke vorzulegen. Der Mandant hat die Rechtsanwaltskanzlei außerdem zu unterrichten, wenn er seine Anschrift, Telefonnummer, etc. wechselt oder über längere Zeit wegen Urlaubs oder aus anderen Gründen nicht erreichbar ist.

§ 5 Gewährleistung & Haftung

Die Rechtsanwaltskanzlei haftet gegenüber dem Mandanten für die von ihr vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten Schäden oder aus gegebenen Garantien, oder bei Arglist, oder bei Schäden, die in der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person bestehen, sowie im Falle zwingend gesetzlicher Ansprüche uneingeschränkt.

Der Mandant wird darüber informiert, dass eine gesetzlich vorgeschriebene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung unterhalten wird. Die Bevollmächtigten haben je eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen, die je Versicherungsfall 250.000,- € Schaden abdeckt. Die Haftung der Bevollmächtigten für einfache Fahrlässigkeit wird auf diesen Betrag (= Deckungssumme) begrenzt. Die Haftung für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit bleibt davon unberührt. Der Mandant verpflichtet sich, die Rechtsanwälte zu informieren, wenn für ihn erkennbar ist, dass höhere Schäden entstehen könnten. In diesem Fall kann die Versicherungssumme erhöht werden. Für den Inhalt fernmündlicher Gespräche wird von den Rechtsanwälten eine Haftung nur im Falle einer schriftlichen Bestätigung übernommen.

Sofern der Mandant im Einzelfall eine darüber hinausgehende Versicherung wünscht, wird die Rechtsanwaltskanzlei eine entsprechende Einzelfallversicherung abschließen; die hierdurch entstehenden Mehrkosten trägt der Mandant.

Die Haftung für mündlich und fernmündlich erteilte Auskünfte/Beratungen, die nicht das bestehende Auftragsverhältnis betreffen, wird ausgeschlossen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen (§§ 276 Abs. 3, 309 Nr. 7 BGB).

Eine Haftung für Schäden, die aus Anlass oder aufgrund einer Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel (E-Mail, Internet, Messenger, etc.) entstehen, wird ausgeschlossen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen (§§ 276 Abs. 3, 309 Nr. 7 BGB).

Sämtliche Ansprüche des Mandanten gegen die Rechtsanwaltskanzlei verjähren gemäß §§ 195, 199 BGB innerhalb von drei Jahren ab Kenntnis, spätestens aber nach Ablauf von drei Jahren nach Beendigung des Mandats. Dies gilt nicht bei vorsätzlichem Handeln und für Schadensersatzansprüche, die auf der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit beruhen.

§ 6 Vergütung & Honorar

Der Rechtsanwaltskanzlei steht für ihre Leistung, die auch in Form einer (ggf. video-) telefonischen Beratung erfolgen kann, eine Vergütung zu, die ausschließlich vom Mandanten geschuldet ist, sofern kein Berechtigungsschein nach Beratungshilfegesetz vorliegt, oder ein Prozesskostenhilfe-Beschluss.

Von dieser Vergütungspflicht entbindet den Mandanten weder ein bestehender Kostenerstattungsanspruch noch ein Rechtsschutzversicherungsvertrag. Der Mandant ist stets Gebührenschuldner der für die, aus der Auftragserfüllung anfallenden Rechtsanwaltsgebühren, auch wenn die Rechtsschutzversicherung eine Deckungszusage erteilt hat. Das Mandat kommt unabhängig von einer Kostenzusage der Rechtsschutzversicherung zustande.

Für die anwaltliche Tätigkeit aus dem Auftrag des Mandanten erhält die Rechtsanwaltskanzlei mindestens die gesetzlichen Gebühren nach Rechtsanwaltsvergütungsordnung (RVG), sofern keine Honorarvereinbarung getroffen wurde. Der ggf. vereinbarte Stundensatz gilt auch für Gesprächs-, Fahrt- und Wartezeiten des Rechtsanwalts, die durch die Auftragserteilung verursacht sind. Eine Anrechnung der vereinbarten Vergütung auf später entstehende gesetzliche Rechtsanwaltsgebühren einer nachfolgenden Beauftragung wird ausgeschlossen.

Zur Vergütung kommen Auslagen nach Teil 7 des Vergütungsverzeichnisses (VV) zum Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) wie z.B. Abwesenheitspauschalen, Fotokopiekosten u.a. sowie die jeweils geltende gesetzliche Umsatzsteuer hinzu. Die Rechtsanwaltskanzlei fertigt nach ihrem Ermessen Fotokopien. Die Fotokopiekosten berechnen sich nach der allgemeinen, gegenwärtigen Marktlage. Die Kosten für die Versendung von Briefen wird pauschal vergütet. Ausgenommen hiervon sind Pakete, deren Entgelt gesondert zu vergüten ist. Kosten, die die Rechtsanwaltskanzlei für den Mandanten verauslagt, insbesondere Gerichtskosten, Gerichtsvollzieherkosten, Gebühren für Meldeamts- und Registeranfragen, Aktenversendungs-pauschalen und Ähnliches sind der Rechtsanwaltskanzlei vom Mandanten auf Anforderung unverzüglich zu erstatten.

Die abgerechnete Vergütung wird nach jeder einzelnen Leistungserbringung mit Zugang der Abrechnung fällig. Von der Rechtsanwaltskanzlei nach § 6 abgerechnete Zeiten gelten als vom Mandanten anerkannt, wenn dieser nicht binnen einer Frist von einer Woche in Textform Einwendungen gegen bestimmte Positionen des Stundenprotokolls erhebt.

Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass die vereinbarte Vergütung möglicherweise nicht in voller Höhe von einem erstattungspflichtigen Dritten, der Staatskasse oder einer Rechtsschutzversicherung übernommen wird. Mehrere Auftraggeber haften für das Honorar als Gesamtschuldner.

Der Mandant tritt der Rechtsanwaltskanzlei alle entstehenden Erstattungsansprüche aus dem Mandatsverhältnis gegen Gegner, die Staatskasse oder

Rechtsschutzversicherungen in Höhe der geschuldeten Vergütung sicherungshalber ab, die Rechtsanwaltskanzlei nimmt die Abtretung an. Der Mandant ermächtigt die Rechtsanwaltskanzlei den Erstattungspflichtigen über die Abtretung im Namen des Mandanten zu informieren. Die Rechtsanwaltskanzlei verpflichtet sich den Erstattungsanspruch nicht einzuziehen, solange der Mandant seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt, d.h. fällige Zahlungen nicht verweigert oder in Verzug gerät, bzw. Antrag auf Eröffnung eines Insolvenz- oder Vergleichsverfahrens über sein Vermögen beantragt.

Die Rechtsanwaltskanzlei ist berechtigt, zur Bearbeitung des Auftrags Mitarbeiter, andere Rechtsanwälte, sowie fachkundige Dritte heranzuziehen. Sofern dadurch zusätzliche Kosten entstehen, verpflichtet sich die Rechtsanwaltskanzlei, zuvor die Zustimmung des Mandanten einzuholen.

Die Rechtsanwaltskanzlei ist berechtigt, bei Erteilung des Mandats einen Vorschuss in Höhe der voraussichtlich entstehenden Vergütung und Auslagen zu verlangen und die Aufnahme bzw. Fortsetzung der Tätigkeit von der Zahlung des Vorschusses abhängig zu machen. Die Rechtsanwaltskanzlei ist berechtigt, eingehende Erstattungsbeträge und sonstige dem Mandanten zustehende Zahlungseingänge mit offenen Vergütungsforderungen oder noch abzurechnenden Leistungen zu verrechnen. Der Mandant erklärt, dass die von ihm zu entrichtenden Gebühren legal erworben oder erwirtschaftet wurden.

Der Mandant verpflichtet sich, die entstehenden Gebühren spätestens 14 Tage nach Rechnungsstellung an die Rechtsanwälte mittels Banküberweisung zu bezahlen. Der Mandant ist grundsätzlich verpflichtet, sowohl einen angemessenen Vorschuss sowie weitere Vorschüsse als auch die vollständige Vergütung der Rechtsanwaltskanzlei zu bezahlen. Dies gilt auch, wenn Kostenerstattungsansprüche gegen eine Rechtsschutzversicherung, Gegenseite oder Dritte bestehen; diese sind grundsätzlich sekundär. Es wird vereinbart, dass spätestens 30 Tage nach Erhalt der Rechnung der Mandant mit der Bezahlung der Gebühren in Verzug kommt.

§ 7 Kündigung des Mandatsverhältnisses

Das Mandatsverhältnis kann von beiden Seiten grundsätzlich jederzeit gekündigt werden. Die Rechtsanwaltskanzlei ist zur Kündigung jedoch nur berechtigt, sofern diese nicht zur Unzeit erfolgt, es sei denn, eine Weiterführung des Mandats ist für die Rechtsanwaltskanzlei unzumutbar.

Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass er im Falle einer Kündigung zur Vergütung der bereits geleisteten Tätigkeiten der Rechtsanwaltskanzlei verpflichtet bleibt. Noch nicht abgerechnete Leistungen werden unverzüglich abgerechnet und sind mit Erhalt der Rechnung fällig.

Die Pflicht der Rechtsanwaltskanzlei zur Aufbewahrung der von dem Mandanten überlassenen Unterlagen erlischt in 6 Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem der Auftrag beendet wurde.

§ 8 Urheberrecht

Der Mandant erhält an den von der Rechtsanwaltskanzlei erstellten Schriftsätzen, Verträgen, allgemeinen Geschäftsbedingungen und sonstigen Werken ein einfaches, nicht übertragbares Nutzungsrecht, das bis zur vollständigen Bezahlung des fälligen Vergütungsanspruchs der Rechtsanwaltskanzlei widerrufen werden kann.

§ 9 Hinweise zur Online-Streitbeilegung der EU und Hinweise zum Verbraucherstreitbeilegungsgesetz

Die Europäische Kommission stellt eine Plattform zur Online-Streitbeilegung bereit, die Sie unter <https://ec.europa.eu/odr> finden. Unsere Mail Adresse für Verbraucherbeschwerden lautet kanzlei@kanzlei-manusch.de.

Für vermögensrechtlichen Streitigkeiten aus dem Mandatsverhältnis ist zuständige Verbraucher-schlichtungsstelle zwischen Mandant und Rechtsanwalt die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft, Rauchstraße 26, 10787 Berlin, www.schlichtungsstelle-der-rechtsanwaltschaft.de. Wir sind gesetzlich nicht verpflichtet und nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren bei der Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft teilzunehmen.

§ 10 Gerichtsstand & Allgemeines

Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten ist der Sitz der Kanzlei.

Vertragssprache ist deutsch.

§ 11 Salvatorische Klausel

Sollten diese allgemeinen Mandatsbedingungen ganz oder teilweise nicht Vertragsbestandteil geworden oder unwirksam sein, so bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam, vgl. § 306 BGB. Auf die allgemeinen Mandatsbedingungen und die Kontrolle der Vertragsklauseln ist das Recht der Bundesrepublik Deutschland anwendbar.

Stand 04/2023